



*In der Finanzwirtschaft wundert man sich über die Konkurrenz unter der Kuppel.*

## Schattenbank im Bundeshaus

Mit harten Bandagen treibt das Eidgenössische Finanzdepartement den Bankenplatz vor sich her. In eigener Sache sind die Beamten dagegen kulant: Bei der Angestellten-Sparkasse SKB verwalten fünf Mitarbeiter drei Milliarden. Sie operieren ohne Rechtsgrundlage, die Zinsen sind grosszügig. *Von Florian Schwab*

Es sieht aus wie eine Bank, riecht wie eine Bank und fühlt sich an wie eine Bank: Wer beim Bund oder in bundeseigenen Organisationen wie an den beiden ETH, am Paul-Scherrer-Institut oder bei der Finma arbeitet, darf bei der sogenannten Sparkasse Bundespersonal (SKB) ein Konto eröffnen. Nebst einer EC-Karte bekommt der Mitarbeiter auch einen E-Banking-Zugang für den Zahlungsverkehr. Lediglich auf Kredite und Hypotheken sowie auf die Möglichkeit eines Wertschriftendepots muss der SKB-Kunde verzichten.

Aus Sicht eines konservativen Sparers, der sich nicht in Börsenabenteuer stürzen möch-

te, sondern mit einer sicheren Anlage seines Sparbetrags sowie der Möglichkeit, Zahlungen auszuführen und in der Migros seine Einkäufe mit der EC-Karte zu bezahlen, bereits glücklich ist, verhält sich die SKB nicht viel anders als eine gewöhnliche Bank. Aus technischer und rechtlicher Sicht hingegen ist die SKB ein schwer definierbarer Zwitter aus Bank und Angestelltenparkasse. Sie ist keine Bank im herkömmlichen Sinn, weil sie keine Banklizenz hat und weil sie das Sparguthaben ihrer Kunden nicht aktiv bewirtschaftet oder investiert, sondern es der Eidgenössischen Finanzverwaltung zuführt, die darin

eine «stabile und günstige Finanzierungsquelle» für den Bund sieht.

### «Sicherste Bank der Schweiz»

Eine konventionelle Angestelltensparkasse ist die SKB aber auch nicht: Anders als die Depositen- oder Sparkassen privatwirtschaftlicher Arbeitgeber ist die SKB an das schweizerische Zahlungssystem angeschlossen und deckt damit die für viele Leute wichtigsten Bankdienstleistungen ab. Zudem lauert hier nicht, wie bei den Depositenkassen einer Migros, Coop oder – berühmt-berüchtigt – der damaligen Swissair, die

» Fortsetzung auf Seite 35

Gefahr eines Verlusts im Falle des Konkurses des Arbeitgebers. Hinter den Sparguthaben bei der SKB stecken äusserst sichere Werte: jeder einzelne Steuerzahler-Franken, jeder Teppich und Stuhl im Bundeshaus sowie jeder Quadratmeter Land der Armee und jeder Goldbarren in den Tresoren der Nationalbank.

Aufgrund dieser einmaligen Sicherheiten bezeichnete der *Tages-Anzeiger* die SKB vor ein paar Jahren richtigerweise als «sicherste Bank der Schweiz». Nun ist es in finanziellen Angelegenheiten normalerweise so, dass das Ausfallrisiko für den «Investor» in einem bestimmten Verhältnis zu stehen hat zu seiner erwarteten Vergütung, also zur Rendite oder zum Zins. Geringes Risiko heisst in der Regel geringe Zinsen für den Anleger. Man müsste demnach davon ausgehen, dass die SKB mit einem Ausfallrisiko

### «Die Amerikaner wissen sicher nichts davon, dass der Bund für sein Personal eine Bank betreibt.»

von null ebenfalls eine unterdurchschnittliche Verzinsung bietet. Aus Sicht des Bundes wäre es, sollte die SKB tatsächlich wie behauptet eine «günstige Finanzierungsquelle» darstellen, zudem töricht, den Angestellten auf ihre Sparguthaben mehr Zins zu bezahlen als einem Investor für seine Investition in eine Bundesanleihe. Das Eidgenössische Finanzdepartement versichert denn auch: «Die Kosten für die Verzinsung der Konten sowie die Führung der SKB sind in der Vergangenheit im Durchschnitt unter dem Selbstkostensatz der verzinslichen Bundesschuld gelegen.»

### SKB-Zinssätze durchgehend höher

Das stimmt vielleicht, wenn man die Zinssätze zehnjähriger Bundesobligationen aus dem Jahr 2000 zum Massstab nimmt. Damals musste, wie die Grafik nebenan zeigt, der Bund noch mehr als drei Prozent Zins auf Papiere mit zehnjähriger Laufzeit gewähren (gelbe Linie). Da die SKB-Sparer ihr Guthaben jederzeit abziehen können, ist allerdings ein Vergleich mit der Verzinsung von Bundesobligationen mit einjähriger Laufzeit aussagekräftiger (dunkelblaue Linie). Hier zeigt sich, dass die SKB-Zinssätze durchgehend höher waren.

Im heutigen Zinsumfeld wird das Problem besonders deutlich: Während die SKB-Sparer im Jahr 2014 immerhin noch 0,5 Prozent Zins erhielten, konnte sich der Bund auf ein Jahr hinaus jüngst mit minus 0,7 Prozent und auf zehn Jahre mit minus 0,07 Prozent am Kapitalmarkt eindecken; die Obligationenkäufer zahlen also eine Prämie, um ihre Mittel dem Bund anvertrauen zu dürfen. Die Postfinance hat diese Woche angekündigt, dass die Allgemeinheit mit einem Zinssatz von nur noch 0,1

Prozent vorlieb nehmen muss – fünfmal weniger als die privilegierten Beamten bei der SKB.

Bei der vergleichsweise attraktiven Verzinsung von Null-Risiko-Investitionen erstaunt es nicht, dass das SKB-Geschäft einen regelrechten Boom erlebt hat, wie die Zahlen der Finanzverwaltung zeigen: Die Anzahl Kunden ist seit dem Jahr 2000 mit rund 25 000 weitgehend stabil geblieben, doch haben sich die Sparguthaben von damals 1,5 Milliarden auf jüngst rund 3 Milliarden Franken erhöht. Pro Kontoinhaber macht dies im Durchschnitt rund 120 000 Franken – die obersten zehn Prozent der Kunden haben sogar je rund eine halbe Million Franken beim Bund parkiert. Mit diesen Werten erreicht die SKB durchaus die Grössenordnung einer kleinen Bank.

Es gibt aber einen Unterschied, nämlich den, dass offenbar für die SKB andere, leichtere Regeln gelten. Nach Auskunft der Finanzverwaltung besteht das Personal der SKB-«Bank» aus ganzen fünf Personen. Auf eine Compliance-Abteilung verzichtet man, da man ja bei Bedarf auf den Rechtsdienst des Finanzdepartements zurückgreifen könne.

In der Finanzwirtschaft wundert man sich über die Konkurrenz unter der Kuppel des Bundeshauses, die umso sonderbarer wirkt, als der Bund mit der Postfinance bereits ein veritables Bankhaus betreibt, in dem mit Leichtigkeit auch die SKB-Dienstleistungen untergebracht werden könnten.

Branchenvertretern stösst etwa die Tatsache sauer auf, dass das Finanzdepartement und die Aufsichtsbehörde Finma offenbar auf ihrem Feldzug gegen die Steuerhinterziehung ihr eigenes Kind, die SKB, ausklammern. Während jeder noch so kleine Finanzdienstleister in der Schweiz in teure Programme wie das amerikanische Fatca oder die Quellensteuerabkommen mit Österreich und Grossbritannien getrieben

wird – und letztlich in den automatischen Informationsaustausch (AIA) –, übt die SKB demonstrative Zurückhaltung.

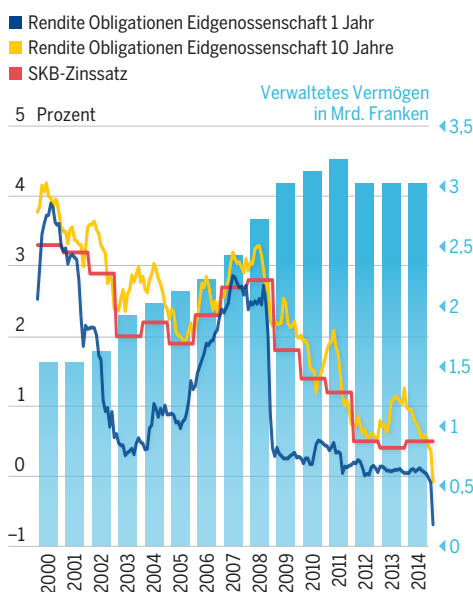
Dem Fatca-Programm sei die SKB nicht unterstellt, so die Erklärung des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF), weil «die Zurverfügungstellung der Einlagen an das Unternehmen, zu dem die Personalsparkasse gehört, nicht zur Qualifikation der Personalsparkasse als Finanzinstitut» führe, wenn die «Unternehmensgruppe» selbst nicht als Finanzinstitut gelte. Mit anderen Worten: Der Bund ist keine Bank, und insofern ist auch seine Sparkasse von Fatca ausgenommen. Diese Argumentation mag formal stimmen, läuft aber dem Sinn und Geist von Fatca zuwider, gemäss dem alle zinstragenden Konten von «U.S. persons» (Staatsbürger, Doppelbürger, ehemalige Greencard-Inhaber) im Ausland der Besteuerung in den USA zugeführt werden müssen. Ein mit Fatca gut vertrauter Wirtschaftsanwalt ist denn auch überzeugt: «Die Amis wissen sicher nichts davon, dass der Bund für sein Personal eine Bank betreibt.» Das quasi letzte Fatca-Schlupfloch ist also ausgerechnet ein Konto beim Eidgenössischen Finanzdepartement.

### Gesetzliche Grundlage angestrebt

Wie viele eigentlich in den USA steuerpflichtige Doppelbürger arbeiten für den Bund? Wie viele US-Wissenschaftler mit SKB-Konto gibt es an den beiden ETH und an Instituten wie PSI, Empa oder Eawag? Während bereits alle Banken ihre Kundenstämme nach Personen mit US-Bezug durchforstet haben, will man bei der SKB – ohne eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung anzuerkennen – «im Verlauf der Jahre 2015/2016» eine Überprüfung durchführen. «Die genaue Anzahl der Schweiz-US-Doppelbürger können wir daher momentan noch nicht nennen.»

Fatca, automatischer Informationsaustausch, Finanzdienstleistungs- und Finanzinfrastrukturgesetz: Die aktuelle Regulierungslawine, gegen die letzte Woche UBS-Chef Sergio Ermotti in einem Meinungsbeitrag aufbegehrt hat, macht vor der SKB halt. Immerhin hat sich das Finanzdepartement dazu durchgerungen, eine «gesetzliche Grundlage» für die eigene Bank anzustreben. Diese ist in einer Vorlage mit dem abschreckend technischen Namen «Botschaft zur Optimierung des Rechnungsmodells (NRM)» versteckt, die die Rechnungslegung für Gebietskörperschaften anpassen soll. Dagegen haben vor zwei Wochen bürgerliche Parlamentarier unter Führung von Céline Arnaudruz (SVP, GE) in der Finanzkommission aufbegehrt. Sie wollen die SKB getrennt von den technischen Details der bundeseigenen Rechnungslegung behandeln. Ihr Ansinnen fand in der Kommission keine Mehrheit. Das letzte Wort in Sachen «Schattenbank im Bundeshaus» hat nun das Parlament.

### Zinsbonus für Staatsbeamte



QUELLE: SNB/EIDG. FINANZDEPARTEMENT

**SKB erreicht bessere Rendite als Bundesanleihe.**